

Half of the power!

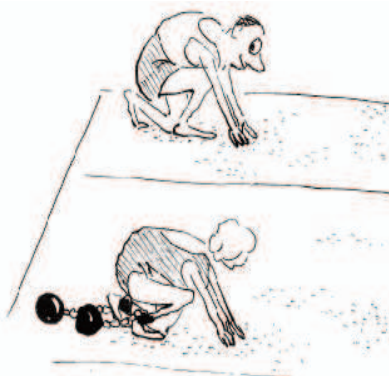
Schon viel zu lange sind massive geschlechtsspezifische Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben bekannt, so die Sozialistischen StudentInnen Österreichs.

Das Argument: „Man müsse nur etwas Geduld üben, denn es hätte sich in den letzten Jahren doch eh schon gebessert“, können in Anbetracht der alarmierenden Zahlen nicht mehr gelten. **Notwendig sind frauenfördernde Maßnahmen wie verpflichtende Frauenquoten in Politik und Wirtschaft und echte Einkommenstransparenz, die garantiert, dass Frauen-diskriminierung bei der Gehaltsauszahlung in Betrieben sichtbar gemacht wird und dagegen vorgegangen werden kann.**

Außerdem muss vor allem in Schule, Ausbildung und auf der Universität bewusste Frauen- und Mädchenförderung in bisher männerdominierten Bereichen betrieben werden, um damit

langfristig geschlechtsspezifischen Berufswahlen entgegenzuwirken.

Nicht zuletzt sind auch flächendeckende Kinderbetreuungs- & Pflegeplätze notwendige Voraussetzung für Gleichberechtigung im Erwerbsleben.



FAKTEN

- Frauen verdienen im Schnitt 25% weniger als Männer.
- 2014 beträgt der Frauenanteil im Nationalrat nur 31%, im Bundesrat nur 29%
- In Österreich gab es noch nie eine Kanzlerin oder eine Bundespräsidentin, Landeshauptfrauen gab es bisher nur zwei, im Moment gibt es keine.
- Nur 5% der 2.357 Gemeinden haben eine Bürgermeisterin. Das entspricht 110 Frauen in diesem politischen Amt.
- Keines der größten Unternehmen Österreichs wird von einer Frau geleitet, unter den Vorstandsmitgliedern beträgt der Frauenanteil lediglich 6%.
- 13% der in Österreich lebenden Frauen sind armutsgefährdet, im Gegensatz dazu „nur“ 9% der Männer. Bei Alleinerzieherinnen liegt das Armutsgefährdungsrisiko bei 60%.
- Frauen bekommen in der Pension im Schnitt 40% weniger als Männer. 32% aller Frauen ab 60 haben überhaupt keinen Anspruch auf Pension.
- Frauen verrichten pro Woche ca. 66 Arbeitsstunden. Davon sind 40% unbezahlt.
- Nur 4,5% der Väter gehen in Karenz.
- Nur für 12% der unter 3-Jährigen gibt es einen Kinderbetreuungsplatz. Frauen haben daher oft keine Möglichkeit, (voll) erwerbstätig zu sein. Folgen: Armut und/oder ökonomische Abhängigkeit.

GEDANKEN ZUM INTERNATIONALER FRAUENTAG

Der Internationale Frauentag (International Women's Day) wird **weltweit von Frauenorganisationen am 8. März begangen**. Der Tag wird auch Weltfrauentag, Tag der Frau oder Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau genannt.

Er entstand in der Zeit um den Ersten Weltkrieg im **Kampf um die Gleichberechtigung und das Wahlrecht für Frauen** und kann auf eine lange Tradition zurückblicken.

Die deutsche Sozialistin **Clara Zetkin** schlug auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27.08.1910 in Kopenhagen gegen den Willen ihrer männlichen Parteikollegen die Einführung eines internationalen Frauentages vor, ohne ein bestimmtes Datum zu favorisieren.

Die Idee dazu kam aus den USA. Dort hatten Frauen der Sozialistischen Partei Amerikas (SPA) 1908 ein Nationales Frauenkomitee gegründet, welches beschloss, **einen**

besonderen nationalen Kampftag für das Frauenstimmrecht zu initiieren.

Der erste Frauentag wurde dann am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz gefeiert. **Seit 1921 findet der internationale Frauentag am 8. März statt.**

Heute ist der 8. März in vielen Ländern ein gesetzlicher Feiertag. In der Volksrepublik China ist der Nachmittag für Frauen arbeitsfrei. Es gibt

jedoch auch insbesondere politisch aktive Frauen, welche sich inzwischen gegen die Feier des Frauentags aussprechen.

Die luxemburgische EU-Kommissarin Viviane Reding stellte dazu fest: „**SOLANGE WIR EINEN FRAUENTAG FEIERN MÜSSEN, BEDEUTET DAS, DASS WIR KEINE GLEICHBERECHTIGUNG HABEN. DAS ZIEL IST DIE GLEICHBERECHTIGUNG, DAMIT WIR SOLCHE TAGE NICHT MEHR BRAUCHEN.**“

Der Text "Internationaler Frauentag" wurde von www.kleiner-kalender.de entnommen.

Die Geduld der Frauen ist die **MACHT DER MÄNNER**

MAG.^A LUCIA SCHWARZ, BA

Fast 70% der MitarbeiterInnen der Stadt Wien sind Frauen. Der Umkehrschluss, dass wir auch die Macht haben, ist leider nicht zulässig. Egal in welcher Art des Dienstverhältnisses – wir alle erbringen einen satten Anteil der Leistungen der Stadt – natürlich neben der Familie.

Unser gültiges Gehaltsschema unterscheidet nicht zwischen Mann und Frau; ja, das ist richtig. **Dass aber viele Frauen in Berufen arbeiten, die niedrig besoldet werden, dass nach wie vor Teilzeit weiblich ist, dass Aufstiegschancen noch immer hauptsächlich männlich sind – das ist ebenso richtig und wahr. Der Einkommensunterschied zwischen Mann und Frau bei der Stadt Wien beträgt satte 12%!**

KANN FRAUENPOLITIK GERECHTIGKEIT SCHAFFEN?

Frauenpolitik wurde in Österreich bereits vor drei Jahrzehnten als eigenes Politikfeld geschaffen – natürlich mit dem Einverständnis der Männer.

Möglicherweise verebt die zweite Frauenbewegung, weil sie auch immer den Stellenwert einer sozialen Bewegung hatte und hat.

FAZIT: Solange Frauenpolitik als Teil von Sozial- und Familienpolitik gesehen wird, ist keine positive Veränderung hinsichtlich einer wirklichen Gleichstellung von Frau und Mann zu erwarten. Es benötigt einen generellen Umkehrschwung der patriarchalen Grundstruktur der Verhältnisse. Sonst bleibt es dabei, dass Armut weiblich ist – wenn nicht im aktiven Arbeitsleben, dann im Ruhestand oder in der Pension.

GLEICHBERECHTIGUNG ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN!

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für uns **eine zentrale Gerechtigkeitsfrage**. Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben ermöglicht. Ziel ist die eigenständige Sicherung der Existenz von Frauen und Männern sowohl im Arbeitsleben,

als auch im Ruhestand bzw. in der Pension. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen dafür erst geschaffen werden.

MÄNNER ALS PARTNER

Männer müssen als Akteure für Gleichberechtigung stärker in die Pflicht genommen werden. Die Annahme, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach wie vor hauptsächlich Frauensache ist, ist ein Missverständnis.

Bei der Besoldungsfrage von frauendominierten Berufen bedarf es einer engen Kooperation aller MitarbeiterInnen, denn hier dürfen bekanntlich auch Männer die negativen Auswirkungen der monetären Benachteiligungen der Frauen mitauskosten.



DEMOKRATIE BRAUCHT ALLE

Wir halten an der Strategie des Gender-Mainstreamings fest, durch die bei allen politischen Handlungen nach den Auswirkungen auf Frauen und Männer gefragt wird. Gerade deswegen ist es uns ein großes Anliegen, den Anteil der Frauen in Politik, Gewerkschaft und Personalvertretung sowie in allen maßgeblichen Gremien und Arbeitsgruppen der Dienstgeberin zu erhöhen.

MASSNAHMEN ERFORDERLICH

Ohne verbindliche Maßnahmen, die frauenpolitische Verbesserungen garantieren, wird es nicht gehen. Schließlich übernehmen Frauen noch immer einen überwiegenden Anteil an Bildungs- und Erziehungszeiten sowie Pflegezeiten. Der Staat erspart sich dadurch sehr viel Geld. Daher muss dieses Engagement sich auch auf die Pensionen der Leistungserbringenden auswirken.

Das reguläre Pensionsantrittsalter mit 65 Jahren ist für viele Berufe (Pflege, Bildung, Soziales), die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, allein physisch unmöglich und ab einem gewissen Alter schlicht unzumutbar.

INTERESSENSVERTRETUNG UND GEWERKSCHAFTSPOLITIK VON FRAUEN FÜR FRAUEN

Frauen fühlen sich von Frauen in ihren Anliegen im Arbeitsleben und in ihrer durch mehrfache Belastung zerrissenen Welt nachhaltiger und besser verstanden und vertreten. Sehr häufig vertreten Männer in höheren Ämtern und Posten Frauenanliegen – einzeln oder kollektiv – aufgrund ihres Wissens oder ihrer Einschätzung.

Nach wie vor wird gewerkschaftliche Frauenpolitik als Vertretung der Sonderinteressen einer unrichtigerweise zur Minderheit stigmatisierten Personengruppe verstanden. Die Handlungsmacht der Frauen ist vom guten Willen der Männer abhängig. Noch immer sind Vorsitzende der Hauptgruppen, egal wie hoch der Frauenanteil in Berufssparten ist, männlich. Dadurch haben wir hier eine gewaltige Schiefelage.

Solange keinen neuen Spielregeln eingeführt werden und Männer bestimmen, welche Frauen wo, wann und wie in der Gewerkschaft aktiv sein können, wird es keine wirkliche Veränderung geben.

Frauen müssen die Möglichkeit haben, ihre unmittelbaren Interessensvertreterinnen zu wählen. Gewerkschaftliche Frauenarbeit ist zu wichtig, um sie der Willkür und dem Machtmonopol Mann zu überlassen. Zukünftig darf ruhigen Gewissens eine Gewerkschaftsfunktion nur für Frauen ausgeschrieben werden. Keine stellvertretende oder alibihalter den Quoten verpflichtete Funktion – sondern eine, welche die Chancen der Frauen im Arbeitsleben der Stadt Wien wirklich ziel führend und positiv mitgestalten und beeinflussen kann.

Originaltext in Langfassung auf der KIV-Homepage:
www.kiv.at/die-geduld-der-frauen

„Ohne FRAUENquote wird gar nichts passieren“

MONIKA VANA, GRÜNE EUROPAABGEORDNETE UND MITGLIED IM FRAUENPOLITISCHEN AUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

ANNAHME:

„WIR HABEN JA SCHON ALLES ERREICHT.
WOZU BRAUCHEN WIR DEN FEMINISMUS?“



GLEICHBERECHTIGUNG PER GESETZ BEDEUTET NOCH LANGE KEINE GLEICHSTELLUNG IN DER PRAXIS.

Wenn wir uns ansehen, wie viele Frauen in Teilzeit arbeiten, welche enormen Einkommensunterschiede es gibt, dass die Familienarbeit noch immer zu einem großen Teil an den Frauen hängenbleibt, wird klar: **Bis zur tatsächlichen Gleichstellung ist es noch ein weiter Weg.**

UND JEDE GENERATION MUSS SICH DIESE NEU ERKÄMPFEN.

Gerade erleben wir einen konservativen Backlash in Sachen Frauenpolitik. Dieser hat schon in den 80er-Jahren begonnen, aufgrund des Neoliberalismus. Die **wirtschaftliche Schere zwischen Frauen und Männern ist größer geworden**, die **Rollenbilder und Klischees sind noch immer in den Köpfen präsent.**

EU UND FRAUENPOLITISCHE ANLIEGEN:

Die Europäische Union ist leider keine Sozialunion, sondern eine Wirtschaftsunion. Der Neoliberalismus hat zu starken Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern geführt. **Frauen sind zum Beispiel übermäßig stark von Armut betroffen.** Maßnahmen wie Mindestlöhne werden aber nicht gesetzt. Die EU achtet nur darauf, dass sie die Arbeitslosenzahlen in der Statistik niedrig

hält – und verdeckt damit, dass **viele Frauen zwar beschäftigt sind, aber leider prekär und schlecht bezahlt.** Zwei Drittel aller neu geschaffenen Jobs sind Teilzeitstellen. Österreich hat sogar die zweithöchste Teilzeitquote in der EU. Und wer macht diese Jobs hauptsächlich? Richtig: Frauen. **Teilzeit ist eine Falle und führt dazu, dass Frauen sich in Abhängigkeiten begeben, dass sie später eine niedrige Pension haben**, um hier nur zwei Beispiele zu nennen.

WELCHE FRAUENPOLITISCHE ANLIEGEN WERDEN VON DER EU WIEDER IN DIE SCHUBLADE VERBANNT?

Es ist besorgniserregend, dass die EU von ihren selbstgesteckten Zielen in Sachen Frauenpolitik abgeht. **Wie etwa die Mutterschutz-Richtlinie zum Schutz schwangerer Arbeitnehmerinnen, aber auch der Väter (Stichwort: Papamonat), die leider zurückgezogen wurde. Und auch die geplante Frauenquote für Aufsichtsräte steht vor dem Aus.** Länder wie Deutschland, die immer dafür waren, ziehen sich auf einmal zurück. Wenn das Ziel fällt, 40 Prozent Frauen in Aufsichtsräte zu bekommen, dann wäre das ein herber Rückschlag. Dabei haben wir ohnehin schon eine „softe Variante“ vorgelegt, bei der sich die Mitgliedsstaaten selbst um die Sanktionen kümmern können.

ÖSTERREICH BEZAHLT FRAUEN SCHLECHTER ALS JEDER ANDERE STAAT IN DER EU.

Innerhalb der EU liegen wir auf dem letzten Platz bezüglich der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen.

Das hat viele Gründe, die jenseits von Einkommenstransparenz liegen, wie die starke kulturelle Prägung der Mutterrolle, der langwährende Einfluss der katholischen Kirche, mangelnde Kinderbetreuungseinrichtungen und eine sehr anwesenheitsgetriebene Arbeitskultur.

Quelle: wienerin.at

ZU WENIGE FRAUEN IN ÖSTERREICHS POLITIK

Laut Österreichischem Frauenring zeigt ein Blick auf das aktuelle Geschlechterverhältnis in Bundes- und Landespolitik und dem Verbändesystem, dass alle Ebenen klar männerdominiert sind. Im Nationalrat sind in diesem Jahr nur rund 30% Frauen vertreten (56 von 183 Abgeordneten), im Bundesrat sind es 28% (17 von 61 Mitgliedern). **Der Anteil in der Regierung ist sogar gesunken.** Während

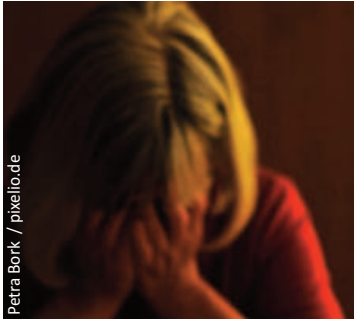
der Frauenanteil in der Bundesregierung 2008 noch bei 40% lag, sind es aktuell nur 29%.

„Dass angesichts dieser Männerdominanz Qualifikation als Argument gegen Geschlechterquoten verwendet wird, mutet seltsam an. **Qualifikation ist keine Männersache**“, kritisiert Sonja Ablinger, Vorsitzende des Österreichischen Frauen-



rings in einer Aussendung. „In einigen Institutionen ist der Frauenanteil in den vergangenen Jahren sogar gesunken. Darin widerspiegelt sich auch **das schwindende Interesse an Geschlechtergerechtigkeit.** Es bestätigt sich wieder einmal, dass Lippenbekenntnisse nicht ausreichen.“

Quelle: wienerin.at



Frauen – Arbeit – Hilfe?

ELEONORE BRIX

Frauen stehen im Arbeitsprozess, Frauen bekommen Kinder. So weit so gut, aber das ist leider nicht so einfach.

Wenn Frauen schwanger werden, wird von der Gesellschaft schon vorgegeben, dass sie überglücklich sein müssen. Nach der Geburt sowieso, was gibt es schöneres als ein Kind zu haben?!

Dass es aber eben nicht so ist, sehe ich in meiner täglichen Arbeit mit Frauen, für die das aus den verschiedensten Gründen nicht selbstverständlich ist. Einige leiden schon während der Schwangerschaft an psychischen Problemen, andere wiederum haben nach der Geburt Probleme. Das fängt beim klassischen Baby Blues – der ein paar Tage andauert – an, bis hin zur Postpartalen Depression und anderen Erkrankungen. Was aber tun in so einem Fall?

Es gibt in Wien nur eine einzige offizielle Stelle an die sich Frauen mit solchen Problemen wenden können. **EINE AMBULANZ MIT EINER EINZIGEN ÄRZTIN. FÜR GANZ WIEN.** Dabei sind nicht wenige Frauen von der Problematik betroffen. Alleine an der postpartalen Depression leiden ca. 10% aller Mütter, das sind in Wien ca. 1700 pro Jahr. Nicht alle brauchen psychiatrische Versorgung, bei 40% ist eine psychiatrische Intervention notwendig, bei zusätzlich 20 % wäre sie sinnvoll. Das ergäbe für allein für Wien ca. 1000 Patientinnen pro Jahr. Die PatientInnenzahlen in der Ambulanz steigen auch von Jahr zu Jahr.

Alle namentlich nicht gekennzeichneten Artikel wurden vom Redaktionsteam unter der Leitung von Martina Petzl-Bostecky erstellt.

Nur – wenn die einzige Ärztin, die diese Ambulanz führt, nicht da ist, gibt es auch keine adäquate Versorgung.

Durch das neue ÄrztInnen-Dienstgesetz wurde die ganze Sache noch prekärer, da die Ambulanz durch noch mehr Abwesenheit **im besten Fall dreimal in der Woche besetzt** ist. Das führt zu einer schlechten Versorgung der Frauen, aber auch zu einem hohen Arbeitspensum der Ärztin selbst, die an den Tagen ihrer Anwesenheit eine so hohe Anzahl an Patientinnen versorgen muss, dass dies alleine kaum zu bewältigen ist. Wir wollen, dass Frauen imstande sind, wieder im Arbeitsprozess aktiv zu werden. Dazu ist unabdingbar, dass in derartigen Fällen eine adäquaten Behandlung und Versorgung möglich gemacht wird.

Es ist mir auch darum ein besonderes Anliegen, da ich in dieser Ambulanz arbeite und sehe, wie schlecht es diesen Frauen geht.

Ich denke, gerade als GewerkschafterInnen und Frauen ist es auch unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass besonders Frauen die Möglichkeit bekommen, wieder in den Arbeitsprozess integriert zu werden. Da braucht es natürlich die flächendeckende Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen, aber auch **eine ärztliche Versorgung für speziellen Bedürfnisse, die bedingungslos in adäquater Form gewährleistet werden muss.**



www.facebook.com/KIV.UG



twitter.com/KIV_UG



www.kiv.at

TERMINE IM MÄRZ '16

Plenum

Donnerstag, 03.03.,
17.00–19.00h, KIV-Club

4.

HG2-Plenum

Mittwoch, 02.03.,
15.00–17.00h, KIV-Club



**HELFEN SIE UNS
KOSTEN SPAREN:
ABONNIEREN SIE
DAS KIV-MAGAZIN
PER E-MAIL
UNTER KIV@KIV.AT**

Werte/r BriefträgerIn: Bei Unzustellbarkeit Retouren bitte an Postfach 100 1350 Wien. Danke.

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: ÖGB/youunion – Die Daseinsgewerkschaft, Maria Theresienstraße 11, 1090 Wien.

Redaktion, Vertrieb: KIV – „Konsequente Interessenvertretung“, Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, Telefon: (+43 1) 4000/838 67, Fax: (+43 1) 4000/838 77, kiv@kiv.at; www.kiv.at

KIV-Magazin 03/2016 • Erscheinungsort Wien • P.b.b. 022031874 (KIV-Magazin) • ÖGB-Verlag, Johann Böhm Platz 1, 1020 Wien • Retouren an PF 100 1350 Wien

Kd-Nr.: 0021000056 • ZVR-Nummer: 576439352